

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 16

Charlottenburg, Freitag, den 19. April 1912

Jahrg. 39

Sperren

Vollsperrungen in Deutschland: Ahlen (Gerding & Mentrup). Arzberg (Auvera). Auma (Porzellanfabrik Auma G. m. b. H. und Berghaus). Charlottenburg (Richter). Hennigsdorf bei Berlin. Freiberg i. S. (Porzellanfabrik Kahla Akt.-Ges.). Hermisdorf (Porzellanfabrik Kahla Akt.-Ges.). Hüttengrund (Rauschert). Kronach (Gebr. Kühnlenz). Kranichfeld. Krummenaach. Lauscha (J. Gg. Schneider). Mannheim (Rheinische Porzellanfabrik). Margarethenhütte (Schomburg & Söhne). Meuselwitz (Hentschel & Müller). Roßlau (Schomburg & Söhne). Seib (Ph. Rosenthal & Co.). Steinbach i. Th. (Göb & Heine). Teltow. Wiesau (Wolfram).

Halbsperrungen in Deutschland: Altwasser C. Tielsch & Co. Bonn (Mehlem). Cortendorf. Düsseldorf (Winning). Flörsheim a. M. Fürstenberg an der Weser. Königszell. Langewiesen (Schlegelmilch). Deslau (Göbel). Passau. Reichenbach (Schwabe & Co.). Rudolstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Schlierbach. Sörnewitz. Triptis.

Sperren in Oesterreich: Belapatfalva (Prusjinty). Buchau (Platz & Köfner). Eulau (Gebrüder Mehner). Gießhübl (Joh. Schuldes). Pirkenthalmer (Fischer & Mieg). Seche (Adolf Persch).

Der englische Bergarbeiterstreik.

Aus London wird uns über die Beendigung des Generalstreiks der englischen Bergarbeiter berichtet:

Der gewaltigste wirtschaftliche Kampf des modernen Proletariats, den die Welt bisher gesehen hat, ist zu Ende. Einig und geschlossen, wie der Kampf begonnen und nahezu sechs Wochen fortgeführt wurde, ist er auch abgeschlossen worden. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes von Großbritannien ist zu dem Beschluß gekommen, daß die Mehrheit, die die Abstimmung der Streikenden zugunsten der Fortsetzung des Kampfes gebracht, nicht überwältigend genug ist, um die Weiterführung des Streiks zu rechtfertigen und die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter hat am 6. April nach einer sehr lebhaften Debatte dieser Auffassung mit 440 000 gegen 125 000 Stimmen beigestimmt. Gleichzeitig wurde die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit in allen Revieren angeordnet. In manchen Revieren, wo eine große Mehrheit die Fortsetzung des Kampfes verlangte, wurde diese Entscheidung gewiß nicht mit besonderer Genugtuung aufgenommen, aber es kann nicht bezweifelt werden, daß die glänzende Disziplin, die den ganzen Kampf kennzeichnete, sich auch in dem abschließenden Stadium im ganzen Reiche bewähren wird. Hier mag auch bemerkt werden, daß das Geschwätz der bürgerlichen Presse, daß der Streik in letzter Zeit ohnehin schon abzubrückeln begonnen habe, eben nichts als leeres Geschwätz ist. Die bürgerlichen Blätter konnten trotz besten Willens nicht mehr als 30—50 000 arbeitende Bergleute zusammen rechnen. Das wären also 2½ bis 4½ Prozent der Streikenden in einem Lande mit zwei Duzend großen Kohlenrevieren nach sechswöchentlichem Kampfe! Wahrlich, ein armseeliger Trost! Und dazu kommt noch, daß die meisten

dieser Arbeitenden auch nur deshalb in die Grube gefahren sind, weil sie die amtliche Anordnung der Wiederaufnahme für nahe bevorstehend hielten, aber ohne Zweifel die Arbeit nieder gelegt hätten, wenn die Streikleitung die Fortführung des Kampfes beschlossen hätte.

Der Vorstand und die Delegiertenkonferenz haben sich eine sehr weit gehende Befugnis eingeräumt, indem sie ohne jede statutenmäßige Bestimmung und erst nachträglich entschieden, daß die Fortsetzung des Streiks eine Zweidrittelmehrheit erfordere. Die Zulässigkeit dieses Vorgehens wurde in der Delegiertenkonferenz von verschiedenen Seiten sehr energisch bestritten, und zwar nicht nur von Delegierten solcher Reviere, die für die Fortsetzung des Kampfes gestimmt haben. Es ist aber klar, daß die Mehrheit der Konferenz, wie des Vorstandes, nur nach einer Form suchte, um den Streik „verfassungsgemäß“ abbrechen zu können, nachdem sie zu der Ueberzeugung gelangt war, daß mit der Fortsetzung des Kampfes nicht mehr zu viel zu gewinnen wäre, aber manches aufs Spiel gesetzt würde. Dieser Ansicht werden wohl die meisten gut unterrichteten Beobachter zustimmen müssen. Es handelte sich bei der letzten Entscheidung nur darum, ob die Arbeiter sofort zur Arbeit zurück kehren oder erst die Festsetzung der gesetzlichen Minimallöhne durch die Distrikteinigungsämter abwarten sollen. Bei dieser Fragestellung hatte ein weiteres Ausharren im Streik nur den Zweck, einen Druck auf die Einigungsämter auszuüben, damit sie die Löhne möglichst hoch festsetzen. Es ist aber sehr fraglich, ob die Einigungsämter einem solchen Druck sehr zugänglich waren, zumal die letzte Entscheidung bei dem „unparteiischen“ Vorsitzenden liegt, der doch zumindest den Schein wahren muß, nicht nach Maßgabe des Drucks, den die eine oder die andere Partei auszuüben vermag, sondern aus rein „objektiven“ Erwägungen seine Entscheidung zu treffen. Unter solchen Umständen hätte die Fortsetzung des Streiks leicht die Folge haben können, die Einigungsverhandlungen in die Länge zu ziehen.

Die Abstimmung mit ihrem 244 001 Stimmen für und 201 013 Stimmen gegen die Fortsetzung des Streiks hat aber für die Sache sehr deutlich gezeigt, daß die Massen selber das Ende des Kampfes waren und bleiben. Zur Erklärung der Längerlichkeit der Presse hat es gerade an dem aus so „rauswurf“ und „verheerend“ verschrienen Südwales gelegen, daß eine Zweidrittelmehrheit für die Fortsetzung des Kampfes nicht zustande gekommen ist, während die „vernünftigen“ und „bedächtigen“ Nordländer mit ihren wohlgefüllten Kassen, die von den Walisern nur widerwillig in den Kampf gedrängt worden sein sollten, durchweg für die Fortsetzung des Streiks gestimmt haben. Die Erklärung für den Stimmenausfall in Wales liegt hauptsächlich darin, daß die Waliser von den englischen ebenfalls eine Mehrheit für den Frieden erwarteten, und um die Einmütigkeit zwischen den verschiedenen Distrikten zu sichern, dieser Verheerung keine neue Nahrung liefern wollten. Die südwalisischen Delegierten sind überzeugt, daß die überwältigende Mehrheit ihrer Landsleute für die Fortsetzung des Kampfes gestimmt haben würde, wenn sie erwartet hätte, daß die englischen Reviere ebenfalls so fest stehen würden. In Südwales kam aber ohne Zweifel auch in Betracht, daß die Organisation finanziell völlig erschöpft ist und mit einer ganz besonders mächtigen und hartnäckigen Unternehmerschicht zu rechnen hat. Was aber auch die Ursache des Stimmenausfalls in Wales sein mag, sicher

ist, daß die Entwaffnung der bisherigen Verhegung, die leider auch schon auf einige Arbeiterführer englischer Distrikte einen gewissen Eindruck gemacht hatte das einheitliche Zusammenwirken aller Distrikte in Zukunft noch erleichtern wird.

Der Kampf hat den Arbeitern nicht oder doch noch nicht alles gebracht, um dessentwillen er unternommen worden ist, aber er bleibt trotzdem nicht nur der größte, sondern auch einer der erfolgreichsten Arbeiterkämpfe. Die Bergarbeiter haben ein ihnen feindlich gesinntes Parlament gezwungen, in einer einzigen Woche eine gesetzgeberische und sozialpolitische Revolution zu vollziehen: Der gesetzliche Minimallohn ist errungen. Nur weil diese Errungenschaft allein die Arbeiter nicht befriedigte und sie sich durch alle Machtmittel des Staates um die Hälfte ihres Sieges betrogen sahen waren sie entschlossen, den Heldenkampf weiter zu führen, bis sie die geforderten Minimallöhne bis zum letzten Penny schwarz auf weiß gesichert hatten. Die Forderungen bleiben aber in allen Einzelheiten weiter bestehen, und es ist ganz sicher, daß das Land nicht zur Ruhe kommen wird, bis sie erfüllt sind. Das nächste Wort haben jetzt die Distrikteinigungsämter. Die Arbeiter werden in diesen Einigungskonferenzen mit demselben Eifer und Geschick um die aufgestellte Minimallohnliste kämpfen, wie sie es während des Streiks getan haben. Und wenn sie hintergangen werden sollten, wenn die festzusetzenden Minimallöhne erheblich unter die geforderte Rate sinken sollten, dann würde damit nur gewonnen, daß dem ohnehin schon auf sehr morschen Füßen stehenden Schiedsgerichtswesen der letzte Stoß versetzt würde. Sowie die Minimallöhne in allen Distrikten festgesetzt sein werden, wird eine neue Konferenz der Bergarbeiter zusammen treten, um zu ihnen Stellung zu nehmen, und da wird sich das weitere zeigen.

Der 6. österreichische Verbandstag.

= Seit dem vorletzten Verbandstag, der vor vier Jahren stattfand, haben die österreichischen Kollegen harte Zeiten durch machen müssen. Auf der einen Seite drückte die wirtschaftliche Krise schwer auf die böhmische Porzellanindustrie und zum anderen löste ein Kampf mit den Unternehmern den anderen ab. So wurden die Mittel der Organisation außerordentlich stark in Anspruch genommen, während es nur allmählich gelang, den starken Mitgliederverlust, der zwischen den Verbandstagen von 1908 und 1910 eintrat, wieder aus zu gleichen. Es waren keine großen Kämpfe, welche die Organisation zu führen hatte, aber jedes Ringen mit dem Unternehmertum gewann dadurch an Bedeutung, daß sich die Arbeitgeberorganisation hinein mengte und anstelle des einzelnen Fabrikanten die Verhandlungen führte. Trotzdem wurden sechs von den acht stattgehabten Differenzen mit einem erfreulichen Erfolg für die Kollegen begleitet. Und zwar kam dieser Erfolg in Lohn-erhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen und in Anerkennung des Koalitionsrechts zum Ausdruck. Ohne zum Ausbruch ernster Konflikte zu führen, wurden für die gut organisierte Kollegen-schaft in Mährlan annehmbare Verbesserungen auf dem Wege gemeinsamer Verhandlungen erzielt. — Doch nicht minder wertvoll und bedeutend als diese allgemeinen Betrachtungen waren die Schlussfolgerungen, die sich für den inneren Ausbau der Organisation aus den letzten vier Jahren ergaben. Und diese Schlussfolgerungen drängten mit aller Macht zu einer finanziellen und organisatorischen Festigung des Verbandes. Das Lehrten und Lehrgang von, daß, wenn man die Aufgaben der Organisation, die der Verband zu erfüllen hat, erfüllen will, der Widerstandsfonds restlos auf, die nicht ausreichenden Mittel für Verwaltungsausgaben hinderten eine umfangreiche Agitation und verschlossen so die Möglichkeit, das noch in weiter Ausdehnung für den Verband vorhandene Neu-land in entsprechendem Maße bearbeiten zu können.

Da sollte nun der Verbandstag mit seinen Arbeiten und Beschlüssen einsehen, für den Verband eine erweiterte finanzielle und agitatorische Grundlage schaffen. Und — um es vorweg zu nehmen — der Verbandstag ist sich dieser bedeutenden Aufgabe vollkommen bewußt gewesen und er hat den dringenden Bedürfnissen nach Möglichkeit Rechnung getragen.

Es waren 41 Delegierte und stimmberechtigte Mitglieder des Vorstandes und der Kontrollkommission in der „Ritterburg“ in Turn bei Tepliz anwesend, die mit dem Vorstand am 7., 8. und 9. April in ernstlichen Beratungen bemüht waren, ihrer Organisation neue und feste Grundlagen zu geben. Ferner nahmen an den Verhandlungen teil: Für das Internationale Sekretariat Kollege Bietzsch, für die österreichische Gewerkschaftskommission Genosse Suchanec-Wien und für die Kollegen in Selbst Kollege Ahlendorf. Der deutsche Verbands-

vorstand mußte in Betracht der allgemeinen Verhältnisse in unserer Organisation auf eine besondere Vertretung leider verzichten. Von den örtlichen Organisationen waren die Partei- und Gewerkschaftsleitungen vertreten.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die von dem Vorstand und einzelnen Ortsgruppen vorgeschlagene Beitrags-erhöhung, ferner drehte es sich um den Ausbau der Agitation. Auf schriftlichem Wege durch die wöchentliche Ausgabe des Fachblattes, in bezug auf mündliche Werbetätigkeit durch die Errichtung eines Verbandssekretariats für den Bezirk Turn-Tepliz-Dux, in dem gegen 5000 Kollegen und Kolleginnen zu organisieren sind, von denen heute erst ein geringer Teil dem Verband angehört. Des weiteren soll durch die Einführung des Unterklassierewesens und der systematischen Haus-agitation eine dauernde Verbindung mit den Kollegen hergestellt werden. — Diese Forderungen zogen sich durch alle Verhandlungen, auf ihnen baute sich der Vorstandsbericht auf, sie klangen wieder in dem Bericht des Kassierers und der Redaktion, sie fanden ein Echo in den Reden der Delegierten und Gäste. Und wenn sich auch zuerst eine lebhaftere Opposition gegen die Forderungen des Vorstandes erhob, so wurden sich die Delegierten doch am Schlusse in erdrückender Mehrheit auf der Grundlage des Vorstandsantrags einig. Es war ja erklärlich, daß die Ansichten über die Art, Form und Umfang, in denen dem Verband zu helfen ist, auseinander gingen. Aber in dem Grundgedanken, die Organisation zu stärken, sie widerstandsfähiger gegen die ansturmenden Unternehmer zu machen, waren sich die Delegierten völlig einig. Nur mischten sich in diesen Eifer die gewiß nicht unbegründeten Bedenken, daß durch eine erhebliche Beitragserhöhung eine Verstimmung in den Mitgliederkreisen eintreten würde, die schließlich zu einem umfangreichen Mitgliederverlust führen könnte. Aber schließlich wurden auch diese Bedenken beseitigt und nach einer eingehenden Kommissionsberatung wurde in namentlicher Abstimmung beschlossen — mit 28 gegen 7 Stimmen — den vorliegenden Vorstandsantrag auf Erhöhung der Beiträge an zu nehmen. Darnach würden sich die wöchentlich zu zahlenden Beiträge erhöhen

in der 1. Klasse von 74 h auf 90 h
„ „ 2. „ „ 62 h „ 75 h
„ „ 3. „ „ 52 h „ 60 h
„ „ 4. „ „ 42 h „ 54 h
„ „ 5. „ „ 34 h „ 40 h

jedoch mit der Maßgabe, daß in die vierte Klasse neue Mitglieder nicht mehr aufgenommen und die Mitglieder streng angehalten werden sollen, sich in die ihrem Verdienst entsprechenden Beitragsklassen zu versichern. Mitglieder, die einen Verdienst von 25 Kronen und mehr in der Woche erlangen, dürfen nur der 1. oder 2. Klasse angehören. Die Beiträge sollen in folgender Weise auf die einzelnen Fonds verwendet werden:

in der Klasse	I	II	III	IV	V
für Unterstützung und Verwaltung	48	33	18	12	10 h
„ Fachblatt	5	5	5	5	3 h
„ Sterbefasse	9	9	9	9	9 h
„ Beihilfefonds	8	8	8	8	8 h
„ Widerstandsfonds	20	20	20	20	10 h

Die Unterstützungen bleiben dieselben. Nur soll bei Differenzfällen ein Solidaritätszuschuß, der jetzt in Höhe von 2 Kronen beträgt, bis auf 5 Kronen pro Woche erhöht werden können.

Da in dieser Verteilung der erhöhten Beiträge auch die Mittel für die wöchentliche Herausgabe des Fachblattes und für die Errichtung eines Sekretariats in Turn-Tepliz enthalten sind, so wurde beschlossen, das Fachblatt künftig wöchentlich heraus zu geben. Die Anstellung eines Sekretärs für den Bezirk Turn-Tepliz wurde auf Vorschlag des Vorstandes jedoch nur als einstweilige beschlossen und man überwies die eventuell dauernde Anstellung des Gauleiters dem nächsten Verbandstag.

So schloß der Verbandstag seine Arbeiten mit recht erfreulichen Beschlüssen; denn die angenommenen Anträge bedeuten für unsere österreichische Bruderorganisation einen mächtigen Schritt vorwärts. Mit einer gestärkten Widerstandskasse wird man den immer provozierender auftretenden Unternehmern mit größter Zuversicht sich entgegen stellen können. Und sich stützend auf eine durchgreifende, gut geleitete schriftliche und mündliche Agitationsarbeit werden die österreichischen Kollegen vertrauensvoll in die Zukunft sehen können. Schwere Zeiten

werden vielleicht auch über unsere Kollegen jenseits der schwarzen Grenzpfähle herein brechen; denn das Unternehmertum rüstet unermüdlich gegen die Arbeiterschaft und der Ausbruch harter Kämpfe ist nur eine Frage der Zeit. Dann aber muß auch die Arbeiterschaft gerüstet da stehen, um sich ihre Rechte in politischer und wirtschaftlicher Beziehung sowie ihre berechtigten Ansprüche an die Existenz wahren und sie behaupten zu können.

Und der Verbandstag unserer österreichischen Kollegen hat in anerkennendem Maße für diese Zeiten Vorsorge getroffen. Mag das und die dringende Notwendigkeit dafür auch noch nicht von allen Kollegen sofort begriffen werden: Die Entwicklung steht nicht still und in ihrer Notwendigkeit setzt sie sich überall durch.

Verbands-Angelegenheiten

Wegen Streikbruch in Schedewitz wurden nach § 3 Ziffer 3 des Statuts aus dem Verbands ausgeschlossen

Nr. 8935, Richard Trommler, Dr., geb. in Niederplanitz,

Nr. 40210, Emil Teufert, Kapselbr., geb. in Niederplanitz.

Der Vorstand.

Aus unserem Berufe

Ahlen. Die Differenzen, die zwischen unseren Kollegen und der Firma Herding & Mentrup ausgebrochen sind, haben ihren Grund in folgenden Vorkommnissen: Neben acht in unserem Verband organisierten Kollegen sind auch zwei im „christlichen“ Verband organisierte Maler in diesem Emailierwerk beschäftigt. Einer dieser „christlichen“ Brüder, Dickjürgens mit Namen, war ehemals ein derart radikaler Freiheitskämpfer, daß er an dem Anarchismus besonderen Gefallen fand. Dann aber kam die innere Mission über diesen Wackeren und man machte ihn zum christlich organisierten Zentrumsmann. Als solcher haßt er nun unseren Verband und dessen Mitglieder, zu denen auch der Obermaler in dem betreffenden Betrieb gehört. Und über diesen Obermaler beschwerte sich Dickjürgens bei verschiedenen Gelegenheiten. So glaubte er sich chikaniert und benachteiligt durch den Obermaler, den er bezichtigte, sozialistische Literatur im Betriebe zu verbreiten und die jungen Leute zur Organisation an zu halten. Bei dem Firmenteilhaber Mentrup fand der „christliche“ Dickjürgens, der in der Zentrumspartei einen Vertrauensmännerposten bekleidet, um so eher Gehör, als Mentrup Vorstandsmitglied der Zentrumspartei ist. Als daher die anderen Kollegen sich über die Zuträgereien von Dickjürgens verwahren wollten und von der Firma die gründliche Abstellung dieser Klatschereien verlangten, lehnte die Firma jedes Entgegenkommen ab, worauf die Kollegen kündigten. Die Kollegen von auswärts möchten das allerorts beachten und den Zuzug nach Ahlen unterlassen.

Hermisdorf. Anlässlich des in der Porzellanfabrik statt findenden Wechsels in der Betriebsleitung wird uns geschrieben: Direktor Urke ist kürzlich nach zwanzigjähriger Tätigkeit von hier nach Berlin gezogen. Daß da eine große Abschiedsfeier in Szene gesetzt wurde, kann man sich wohl denken. Das gesamte Beamtenpersonal hatte sich in der Kantine versammelt und dort floß ein breiter und langer Redestrom auf die Herrlichkeit des Herrn Urke. Nur er und wieder er war es, der die hermsdorfer Fabrik zu so hoher Blüte gebracht habe. Von den Mühen der Arbeiter hat man dabei nichts reden gehört. Und davon hängt unserer Meinung nach doch auch etwas ab. Die Arbeiter haben sicher einen großen Anteil daran, wenn gute, brauchbare Ware in die Welt geht. Und wenn neue Artikel eingeführt wurden, wie oft hat der Arbeiter da umsonst arbeiten müssen, bis er die Vorteile alle heraus hatte, damit die Ware brauchbar wurde. Denn das sagte ihm die Direktion nicht, wie der neue Artikel herzustellen sei. Gelang die Arbeit nicht immer, dann hatte der Arbeiter eben umsonst gearbeitet. Die Arbeiter haben also sicher einen großen Anteil an dem Emporblühen der hermsdorfer Fabrik. Und wenn in der hiesigen Fabrik die sanitären Einrichtungen und die Lohnverhältnisse bessere waren als in verschiedenen Betrieben auf dem Thüringer Wald, dann ist auch das das eigenste Verdienst der Arbeiter. Sie haben seit Bestehen der hermsdorfer Fabrik fortwährend durch ihre Organisation darauf hingewirkt, daß die Verhältnisse nicht schlechter wurden und haben fortwährend an der Verbesserung gearbeitet. Auch das hat der reichen Aktiengesellschaft nicht geschadet. Wäre es aber

nach dem Wunsche des Herrn Urke gegangen, wer weiß, wie es heute in der Fabrik aussehe. Denn er hatte trotz der 30 und 35 Prozent Dividende, die heraus gewirtschaftet wurden, einen gewaltigen Zorn gegen die organisierte Arbeiterschaft und ihre Wünsche auf Verbesserung. Diesen Zorn hat er der Arbeiterschaft auch damals fühlen lassen, als er etwa hundert Dreher aufs Pflaster warf. Weil zu der Zeit der Verband nicht aktionsfähig war, konnte er sich das leisten. Herr Urke hat nun sein Tätigkeitsfeld geräumt und wohl auch die „Früchte“ seiner Tätigkeit mitgenommen. Klein werden diese wohl kaum genannt werden können, denn an den Lantien und Gehältern für die Direktoren spart die Aktiengesellschaft nicht. Haben dem Scheidenden die Beamten alles Gute und Schöne nachgesagt, die Arbeiterschaft wird das kaum können. Denn nicht nur daß Urke den Wünschen der Arbeiterschaft nur gezwungen etwas Entgegenkommen zeigte, hat die Arbeiterschaft auch noch andere Gründe, sein Fortgehen von hier nicht zu bedauern. Die Schmarokerei war hier so ziemlich im Schwunge, und jeder, der irgend etwas gegen seine Mitarbeiter los sein wollte, fand bei Urke ein aufmerksames Ohr. Herr Urke ist jetzt fort und die Arbeiterschaft ist damit zufrieden. Alle Arbeiter haben aber die Pflicht, sich daran zu erinnern, was wir oben sagten, daß nämlich die Einrichtungen der Fabrik, soweit sie im Interesse der Arbeiter liegen, von den Arbeitern durch ihren Verband errungen wurden. Wenn es auch dabei nicht zu besonderen Kämpfen kam, so sind diese Einrichtungen und Verbesserungen im Arbeitsverhältnis immer nur durch die organisierten Arbeiter erreicht worden, weil der Verband im Hintergrund stand. Daß davon auch die Unorganisierten Vorteile hatten, mußte diesen Leuten Veranlassung geben, dem Verband der Porzellanarbeiter beizutreten und nicht ihre organisierten Kollegen zu verraten. Ist das in den letzten Wochen leider der Fall gewesen, so hoffen wir doch, daß der gesunde Verstand auch diesen Arbeitern noch zeigen wird, wo ihr Platz ist. Ein gelber Unterstützungsverein ist jedenfalls das sicherste Mittel, der Arbeiterschaft Knebel anzulegen. Wenn die Arbeiterschaft darauf hinein fällt, dann hätte sie einen langjährigen Wunsch des Herrn Urke erfüllt. Ob sie dem Herrn, der jetzt in Berlin den Lantienfegen genießt, diesen Wunsch erfüllen wird, wird sie sich doch wohl noch überlegen müssen.

Kahla. Die Auslese, welche die Direktion der Aktiengesellschaft gelegentlich der Wiedereinstellung der Ausgesperrten hielt, war eine gründliche. Und die meisten von den noch außer Arbeit stehenden Kollegen haben es sogenannten guten Freunden, welche es nun einmal nicht lassen können, bei jeder Gelegenheit „liebes Kind“ bei der Direktion zu spielen, indem sie ehrliche Arbeiter denunzieren, zu verdanken, daß sie sich den Betrieb noch von außen betrachten müssen. Viele der Wiedereingestellten fanden ihre Plätze besetzt und müssen sich nun mit anderer, weniger lohnender Arbeit begnügen. Auch werden die „Gelben“ in einer Weise überall bevorzugt, welche geeignet ist, die erregte Stimmung unter unseren Kollegen nur noch zu steigern. Es tut dringend not, daß auch in diesem Betriebe endlich einmal mit derartigen Zuständen aufgeräumt wird und wenigstens das von Seiten der Direktion gehalten wird, was uns bei den Einigungsverhandlungen zugesichert wurde. — Uns wird ferner berichtet: Am Freitag, den 12. April, standen drei Termine vor dem Schöffengericht zur Verhandlung an. Angeklagt waren drei unserer Mitglieder wegen Vergehen gegen § 152 und 153 der Gewerbe-Ordnung und wegen „Beleidigung“ von Arbeitswilligen. Die Verteidigung lag in den Händen des Rechtsanwalts Dr. Fröber-Jena. Derselbe überzeugte das Gericht davon, daß die §§ 152 und 153 in diesem Falle zu Unrecht angezogen seien, da die Porzellanarbeiter in Kahla nicht in den Ausstand getreten seien zum Zwecke der Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern dieselben vielmehr und zwar gegen ihren Willen von der Arbeit ausgesperrt worden seien, in diesem Falle also der Zweck, wirtschaftliche Vorteile zu erzielen, auf Seiten der Arbeitgeber gelegen habe. Es erfolgte deshalb in allen drei Fällen Freispruch wegen Vergehen gegen §§ 152 und 153 der Gewerbe-Ordnung. In einem Falle erfolgte Verurteilung wegen „Beleidigung“ zu fünf Tagen Gefängnis. In dieser Sache hatten gleich vier Arbeitswillige Strafantrag gestellt und waren diese vier nicht zu bewegen, den Strafantrag wegen Beleidigung zurück zu nehmen. In den beiden anderen Einzelfällen erfolgte kostenloser Freispruch, weil sich die Verteidigung mit Erfolg bemüht hatte, die beiden Klägerinnen zur Zurücknahme der Strafanträge zu veranlassen. Die Betriebsleitung der Porzellanfabrik A.-G. schien ein besonderes Interesse an den Verhandlungen zu haben; anders läßt sich wohl die An-

wesenheit eines Kontorangestellten der genannten Gesellschaft in den Terminen nicht erklären. Es dürfte so mancher grimmige Organisationsfeind, deren es am Orte so mancherlei gibt und die ihre Feindseligkeit gegenüber der freien Gewerkschaftsbewegung in mehr oder minder offener oder versteckter Form betätigen, bei diesen Prozessen nicht auf seine Rechnung gekommen sein. Eine völlig verpuffte Aktion. Umso mehr als selbst vom Gericht das korrekte Verhalten der Streikleitung in bezug auf die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung anerkannt wurde.

Markfredwitz. Es wird uns geschrieben: „Bei der Firma Thomas und in Baldershof bei der Firma Saviland kann die Aussperrung als beendet erklärt werden; denn die Firma Thomas stellte am 10. April und Saviland am 15. April die letzten Ausgesperrten ein. Nur die Firma Jäger muß es auf einen Konflikt mit den Arbeitern abgesehen haben. Sie sucht im markfredwitzer Lokalblatt Arbeiterinnen für jede Abteilung ihrer Fabrik und hat auch einige Arbeiterinnen als Druckerinnen und für's Brennhaus eingestellt und die noch Ausgesperrten als nicht vorhanden betrachtet. Tatsächlich sind von der betreffenden Firma noch zwei Brenner, ein Kapseldreher, ein Formgießer und eine Druckerin, die auf Einstellung warten, arbeitslos. Da muß man fragen: Wo bleibt der Schutzverband und die Erfüllung der Zusicherungen, die bei der Aufhebung der Aussperrung von den Unternehmern gegeben wurden? Diese Firma hat alles auf geboten, um genügend Arbeitswillige zu erhalten und es auch einer Kommission gegenüber, die die Wiedereinstellung der noch Außenständigen verlangte, ohne weiteres aus gesprochen, daß sie von den Organisierten keinen mehr eingestellt hätte, wenn sie genügend Arbeitswillige erhalten hätte.“ — Das ist ein weiterer Fall von der „Vertragstreue“ einzelner Unternehmer.

Meuselwitz. Zum Streik bei Hentschel & Müller wird uns berichtet: Die Arbeitswilligen haben auch während der Osterfeiertage keine Ruhe gehabt. Denn diejenigen, welche nach ihrer Heimat verreist sind, haben Plakate mitbekommen, welche sie in den Wirtschaften aushängen sollten. Diese Plakate hatten folgenden Wortlaut: „Porzellan-Dreher, welche dem Porzellanarbeiter-Verband nicht angehören, finden dauernde und sehr gut bezahlte Beschäftigung. Für Steingut-Dreher und Töpfer ist Gelegenheit, die sehr lohnende Porzellan-Dreherei schnell zu erlernen. Porzellanfabrik Hentschel & Müller, Meuselwitz S.-M.“ Trotz diesen Lockungen schienen die Steingutdreher und Töpfer für solche kein Verständnis zu haben; denn bisher hatte diese neue Art der Streikbrecherwerbung keinen Erfolg. Ein hier arbeitswilliger Gießer J. Schenkel scheint sich besonders hervor zu tun in Bezug als Arbeitswilligenjäger. Am 25. März war Schenkel in Wiesa, um Arbeitswillige zu werben. Er bekam zwei Mann, davon reiste am 1. April wieder einer ab. In Wiesa hatte Schenkel wohl erfahren, daß in Erkersreuth noch einige Dreher sind, die eventuell mit machen möchten, wenn sie dazu aufgefordert würden. Er schrieb eine Karte folgenden Inhalts: „Wiesa, den 25. März 1912. Geehrter Herr M. M. Da ich erfahren habe, daß Sie in Teltow bei Berlin gearbeitet haben und zur Zeit ohne Arbeit sind, möchte ich hierdurch anfragen, ob Sie gesonnen sind, mit nach Meuselwitz zu fahren? Sollten Sie gesonnen sein, mit nach dort zu machen, so bitte ich Sie, morgen Abend am Bahnhof Selbst-Flößberg mich zu erwarten; ichahre in Wiesa 1/6 Uhr abends um 11 Uhr. Der Herr Dr. Schenkel hat mir, Sie zu besuchen und die Sache persönlich mit Ihnen zu besprechen. Sollten Sie noch zwei bis drei Mann kennen, die mit machen wollen, so wäre dies mir sehr lieb. Achtungsvoll J. Schenkel.“ Mit dieser Karte hatte Schenkel bei M. M. keinen Erfolg. Die Firma wollte sich aber diesen Lederbissen nicht entgehen lassen. Darum wurde einer von den Arbeitswilligen herbei geholt; selbiger mußte am 28. März einen Brief schreiben und in demselben mitteilen, wie schön es in Meuselwitz sei. Die Firma selbst schickte noch einen langen Brief mit, aber auch dieses versagte. Am 29. März schrieb M. M., er würde gern hier Arbeit nehmen, wenn wieder alle Dreher arbeiten würden. — Es sei an dieser Stelle nochmals darauf hin gewiesen, daß der Streik in Meuselwitz nach wie vor weiter geht. Ferner wird uns noch mitgeteilt, daß die Firma sich noch immer bemüht, in allen möglichen Zeitungen durch Inserate Dreher, Gießer, Arbeiter und Arbeiterinnen heran zu ziehen. Ungelernte Arbeiter und Arbeiterinnen finden sich denn auch unter vielen Geldkosten hier und da ein. Dagegen kommen keine Dreher. Dadurch aber, daß sich keine gelernten Kollegen finden, bricht die Berechnung

der Firma, mit ein paar gelernten Drehern die Anzahl Ungelernte an zu lernen, in sich zusammen.

Vordamm. Es wird uns berichtet: Lebhafteste Klagen werden laut über die Verhältnisse, die hier in der Dreherei der Steingutfabrik bereits seit längerer Zeit herrschen und jetzt auch in der Malerei, die bisher davon so ziemlich verschont blieb, ein zu reißen drohen. Ganz besonders sind es aber die Drehereiverhältnisse, die zu berechtigten Klagen der Dreherkollegen Anlaß geben. Da hier in der Fabrik seit längerem ein schlechter Geschäftsgang herrscht, wie er sonst nur zur Zeit einer wirtschaftlichen Krise in unserem Berufe vorkommt, ist die Arbeitszeit für die Dreherei seit langem nur noch eine beschränkte. In den letzten Wochen wurde dieselbe bis auf 32 Stunden, also auf rund drei volle Arbeitstage reduziert. Man bedenke, es muß den Drehern möglich sein, in dieser Zeit so viel zu verdienen, daß sie damit wenn auch notdürftig sich und ihre Familie über Wasser halten können. Wenn nun, um Entlassungen vor zu beugen, aus den angeführten Gründen die Arbeitszeit soweit reduziert werden mußte, dann sollte man doch wenigstens an maßgebender Stelle so viel Einsicht haben, dafür Sorge zu tragen, daß in dieser kurzen Arbeitszeit die Kollegen wenigstens in die Lage versetzt würden, ihre Arbeitskraft und Leistung voll und ganz aus zu nutzen und so doch noch immer in der Lage wären, einen derartigen Verdienst zu erzielen, um wenigstens einigermaßen die täglichen Bedürfnisse befriedigen zu können. Dazu scheint man sich in der Betriebsleitung jedoch nicht verstehen zu können. Klagen doch die Dreherkollegen fortgesetzt über ganz empfindlichen Brettermangel, wie er selbst beim flottesten Geschäftsgang nicht zu verzeichnen war. Dazu gesellt sich dann noch des öfteren Materialmangel. Nun scheint die Messe für einige Sorten Artikel etwas mehr Arbeit gebracht zu haben, doch diese wird von den noch auf der Dreherei befindlichen Musterdrehern, vormals Flößer und Brennhausarbeiter, angefertigt. Diese dürfen nun seit vergangener Woche täglich 10 Stunden und volle sechs Tage arbeiten. Boshafte Zungen behaupten nun, daß das Bäckerdügend Hilfsarbeiter, durch ihre Leistungen haben sie bis heute die Qualifikation zum Dreher noch nicht erhalten, erklärt habe, wenn sie nun nicht bald voll arbeiten, würden sie in den Streik treten. Bei Beendigung der vorjährigen Bewegung wurde die Zusicherung gegeben, daß eine Bevorzugung der auf der Dreherei Beschäftigten nicht statt finden soll. Neuerdings scheint man sich aber dieser Kräfte besonders versichern zu wollen und läßt sie volle Tage arbeiten, derweil die Kollegen, die bereits ein Menschenalter der Fabrik ihre Haut zu Markte getragen haben, draußen die frische Luft genießen können. Werden aber die Kollegen vorstellig, warum nicht einmal auch andere diese Artikel zu machen bekommen, dann werden sie mit allerhand nichts sagenden Worten wie: „Die machen das ja immer, die haben nun einmal die Formen auf der Scheibe“, abgewiesen. Daß dieses nichts weiter wie faule Ausreden sind, versteht sich am Rande. Man will sich vor allem der werten Arbeitskraft dieser „Mitarbeiter“ versichern. Da die Kollegen fast täglich unter Brettermangel zu leiden haben, sollten dieselben strikte darauf bestehen, gemäß den vorjährigen Abmachungen sich die Zeitverläumdung vergüten zu lassen. Nun einiges über die Verhältnisse in der Goldmalerei. In derselben werden seit einiger Zeit sogenannte Kunstkeramiken angefertigt. Dies sind Artikel, die durch Kobalt, braune oder gelbe Glasur gezogen sind und mit Bismut- oder Poltergold-Verzierungen versehen sind. Da es einmal eine feste Sache ist, daß die Goldmalerei eine feine und saubere Malerei gehört. Wer die Verhältnisse hier kennt, weiß, daß dieses in der hiesigen Fabrik nicht der Fall ist, und so kommt es fast täglich vor, daß das Geschirr, welches aus der Muffel kommt, stellenweise nicht so ausfällt wie es erwünscht ist, daß sich der Staub auf das frisch auf getragene Gold fest setzt. Dem Obermaler wie auch der Direktion ist dieses wohl bekannt; Abhilfe wird jedoch nicht geschaffen. Man mutet eher den Kollegen zu, auf eigene Kosten diese Schäden, die nicht durch die Schuld der Maler entstanden sind, aus zu bessern und das dazu benötigte Gold zu kaufen. Bestimmte Preise für die einzelnen Artikel scheinen in der Malerei nicht vorhanden zu sein; denn sonst könnte es nicht vorkommen, daß der eine der Kollegen bedeutend weniger wie ein anderer für dieselbe Arbeit erhält. Wenn dann ein Kollege, der weniger erhalten hat, beim Obermaler vorstellig wird, beruft sich derselbe darauf, daß ja der gezahlte Preis im Preisbuch stünde, der früher gezahlte sei nur ein provisorischer Preis gewesen. Die Kollegen werden gut daran tun, sich dieses ferner nicht mehr gefallen zu lassen. Ist einmal ein Preis für ein Stück gezahlt, dann sollen sie strikt darauf

bestehen, daß derselbe auch ferner gezahlt wird. Sehr viel zu wünschen übrig lassen auch die Preise für die neuen Artikel. Früher wurden die Affordpreise der einzelnen Stücke gemeinsam zwischen Obermaler und den Malern fest gesetzt, ein Verhältnis, welches sich immer noch einigermaßen bewährte, so scheint man das jetzt nicht mehr für nötig zu halten. Werden doch jetzt die Preise einfach vom Ober über die Köpfe der Kollegen hinweg fest gesetzt. Daß dabei für die Kollegen nicht viel heraus springt, braucht nicht erst erwähnt zu werden, und so kommt es denn, daß die Arbeitsleistung der Kollegen eine weit größere geworden ist, dem gegenüber der Lohn aber derselbe geblieben ist, ja wesentlich noch geringer wurde. Ebenso ist das Verlangen ein unbilliges zu nennen, daß die Malerkollegen Tische, Fenster und Bretter scheuern sollen. Wenn die Firma schon die Bekämpfung der Staubentwicklung energisch in die Hand nehmen will, dann soll sie doch für derartige Arbeiten Leute anstellen oder nach Schluß der Arbeitszeit dies von Frauen, natürlich gegen Lohn, besorgen lassen. Die organisierten Kollegen aber sollen anstatt derartigen Dingen mit stolischem Gleichmut entgegen zu sehen, darauf bedacht sein, ihre Organisation aus zu bauen und zu stärken, um der so beliebten Politik der Nadelstiche, in der ja die aus den Reihen der dortigen Arbeiterschaft hervor gegangenen Ober ziemlich groß zu sein scheinen, bei Zeiten einen wirksamen Damm entgegen setzen zu können.

England. Inbezug auf die Geschäftslage in der englischen Keramikindustrie im Monat Februar wird berichtet: Der Anfang März beginnende große Streik in den Kohlendistrikten Englands warf seine Schatten schon Ende Februar voraus. Doch äußerte er noch keinen Einfluß auf die keramische Branche. In den Topfwaren- und Porzellanfabriken hielt sich die Beschäftigung fortgesetzt günstig und über dem Niveau des Vorjahres. Nach den bei dem Arbeitsamt eingelaufenen Berichten über 19 572 Arbeiter, hatte sich die Arbeiterzahl um 3,4 Prozent, die Lohnsumme um 2,6 Prozent, seit dem Vorjahre gehoben. Von diesen Arbeitern waren 3619 mit Wochenlohn von 3770 Pfund Sterling in Porzellanfabriken, — 11 422 mit Wochenlohn von 10 617 Pfund Sterling in Topfwarenfabriken und 4531 mit Wochenlohn von 4129 Pfund Sterling in anderen Branchen beschäftigt. Die große Mehrzahl — 14 724 Personen — hatten ständige Arbeit im Distrikt Potteries. Die Arbeitslage war gut; sie zeigte gegen Januar wenig Veränderung, doch gegen das Vorjahr bedeutende Besserung. In Schottland hielt sich das Geschäft auf mittlerer Basis, ebenfalls im Westen Englands. Bristol berichtete kurze Arbeitszeit. Die Tonpfeifenmacher in Glasgow meldeten ebenfalls matten Geschäftsgang mit Arbeitskürzungen.

Aus anderen Verbänden

Der Deutsche Holzarbeiterverband zählte am Schlusse des vierten Quartals 1911 874 Zahlstellen mit 182 750 Mitgliedern. Das ist gegenüber dem Bestand von 1910 eine Zunahme von 30 Zahlstellen und 17 708 Mitgliedern. Die Mitgliederzahl setzt sich zusammen aus 175 578 männlichen, 6349 weiblichen und 823 jugendlichen Mitgliedern. Die Verbandshauptkasse hatte im Jahre 1911 eine Gesamteinnahme von 4 948 666,13 M., eine Gesamtausgabe von 4 703 845,47 M., die erzielte Mehreinnahme betrug somit 244 820,66 M. In den Ausgaben steht an erster Stelle die Streikunterstützung mit 1 763 853 M.; sie ist um 858 517 M. oder 94,8 Prozent höher als im Jahre vorher. Erhöht haben sich auch die Ausgaben für Krankenunterstützung, Gemäßregeltenunterstützung, Unterstützung in Sterbefällen, Umzugsunterstützung und Rechtsschutz. Gegen das Vorjahr zurück gegangen sind die Ausgaben für Reise- und Arbeitslosenunterstützung. Das Verbandsvermögen betrug am Jahreschlusse 1911 zusammen 5 086 582,61 M.; davon in der Verbandshauptkasse 3 161 952,70 M., in den Gaukassen 7403,42 M., in den Lokalkassen 1 917 226,49 M.

Der Deutsche Metallarbeiterverband schloß das Jahr 1911 mit einem Mitgliederbestand von 515 145, ein Mehr gegen das Vorjahr von 51 129. Von den Mitgliedern sind 473 058 männliche, 26 063 weibliche und 16 024 jugendliche. Die Mitgliederzahl schwankung war 1911 eine sehr große. Dem Verband beigetreten sind insgesamt 191 436 Mitglieder, der Abgang beträgt somit 140 307. Der Abgang wird hauptsächlich auf die Beitragserhöhung zurück geführt und ferner auf die zahlreichen und langwierigen Lohnkämpfe, während welcher viele Mitglieder abreisten und anderswo nicht gleich wieder

Anschluß an den Verband fanden. Die Einnahmen der Verbandshauptkasse stellten sich 1911 auf 15 276 320,33 M., das sind 3 110 244,47 M. mehr als im Jahre vorher. Für Streikunterstützung verausgabte die Verbandshauptkasse 4 247 667,80 M., für die übrigen Unterstützungseinrichtungen 5 475 536,03 M., zusammen 9 723 203,83 M. Das Vermögen in der Verbandshauptkasse vermehrte sich um 2 247 908,67 M. auf 6 360 419,61 M. „Zu dem von uns für notwendig erachteten Kampfereservefonds von mindestens 20 Millionen — so bemerkt dazu die „Metallarbeiter-Zeitung“ — fehlen also noch zirka 14 Millionen Mark. Da in nächster Zeit an eine weitere Beitragserhöhung nicht zu denken ist, so muß um so eifriger für eine weitere bedeutende Steigerung unserer Mitgliederzahl gewirkt werden.“

Bergarbeiter. Ueber den Stand des Streiks im westsächsischen Kohlenrevier wird berichtet: Trozdem die Situation im zwickauer und lugau-ölsnitzer Revier unverändert ist, haben die Streitenden sich abermals entschlossen, einen Vermittlungsversuch anzubahnen. Die sächsische Regierung hatte bereits vor Ausbruch des Streiks sich erboten, wenn die gesetzliche Einigungsinstanz, das Königliche Bergamt, versagen sollte, ihrerseits als Vermittlungsorgan an der Beilegung des Streiks mit zu wirken. Da der Einigungsversuch des Bergamts in der Osterwoche an den Bergherren gescheitert ist, hat die gemeinsame Revierkonferenz beschlossen, die von der Regierung angebotene Hilfe zur Vermittlung in Anspruch zu nehmen und anzufragen, ob der Minister des Innern bereit ist, eine Deputation der Streitenden zu empfangen. Als Mitglieder dieser Deputation haben die Streitenden in dieser Konferenz gewählt: Den Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes, die Bezirksleiter des zwickauer und lugau-ölsnitzer Reviers, sowie je ein Mitglied der beiden Zentralfreikomitees. Die Deputation hat die Aufgabe, die wirtschaftliche Lage der Streitenden und die Situation des Kampfes zur Kenntnis der Regierung zu bringen und anzufragen, ob seitens der Regierung Geneigtheit zu einem Vermittlungsversuch besteht.

Schneider. Der Beilegung des Kampfes im Schneidergewerbe liegen folgende Entscheidungen des unparteiischen Schiedsgerichts, das in Jena tagte, zugrunde. An Lohnerhöhungen wurden bewilligt: Für Berlin 8½ Prozent, Köln 5½, Düsseldorf 7½, Halle 7½, Hamburg 7—7½ Prozent und dort wurde noch eine neue Klasse gebildet, in der 11½ Prozent bewilligt wurden, Liegnitz 7½ Prozent (für Hosen 12 Prozent), Lübeck für Zivil- und Damenkonfektion 7½, Uniform 5 Prozent, Magdeburg 7 Prozent, Meiningen 5½ Prozent, München 9, Quedlinburg 5½, Solingen 5, Trier 5½ Prozent. Für die Leipziger Damenschneiderei wurde entschieden, daß die Arbeitszeit auf 9 Stunden verkürzt wird, für Danzig wurde die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden verkürzt. Limburg, Offenbach und Weimar einigten sich ohne Schiedsspruch. Nach diesen prozentualen Zuschlägen mußten die örtlichen Vertreter sich dann zusammen setzen und diese prozentuale Lohnerhöhung auf die einzelnen Lohnpositionen umrechnen, wobei es gestattet war, auf die einzelnen Positionen die Zuschläge verschieden zu verteilen, nur im Durchschnitt mußte sich der bewilligte Zuschlag ergeben. — Inbezug auf die Einführung eines Reichstarifs erklärten die Arbeitgeber, daß sie einen Reichstarif, wie er im Buchdruckergewerbe besteht, für das Schneidergewerbe in absehbarer Zeit noch nicht zu schaffen haben. Die Verschiedenheit der Affordpreise lassen sich nicht so leicht ausgleichen. Die Arbeitgeber machen dann ihren Vorschlag dahin ab, daß wenigstens auf der Grundlage der jetzt abgeschlossenen Tarife ein Reichstarif geschaffen werde, der als Mantel dienen soll, und es wurde ferner vorgeschlagen, daß nach drei Monaten die Zentralvorstände wieder unter dem Vorstz der Unparteiischen zusammen kommen, und daß Anträge für das Zustandekommen eines Reichstarifvertrages an den Magistratsrat v. Schulz zu richten sind. Damit ist der Kampf, der den Arbeitern erfreuliche Vorteile bringt, beendet.

Textilarbeiterverband. Der wirtschaftliche Druck, der in den Jahren 1908/09, zum größten Teil auch noch 1910 auf der Textilindustrie lastete, fängt an zu weichen. Die Arbeiter, die unter dem Krisendruck sich den Machtgelüsten der Textilbarone beugen mußten, gehen wieder mit frischem Mut daran, an einer Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu arbeiten. Der Stand der Mitgliederziffern zeigt das Vertrauen auf eigene Kraft. Am Jahreschlusse 1909, also am Ende der vorigen Geschäftsperiode, zählte der Textilarbeiterverband 104 301 Mitglieder, am Jahreschlusse 1910 schon 116 075 Mitglieder, Ende 1911 jedoch 131 525 und gegenwärtig 136 000 Mitglieder. Lohnbewegungen und Streiks fanden im

Jahre 1911 insgesamt 259 statt, die sich auf 128 Orte mit 1046 Betrieben und 106 747 Beschäftigten verteilten. Von den Arbeitern wurden Forderungen an die Unternehmer in 209 Fällen in 106 Orten in 963 Betrieben mit 88 399 Beschäftigten gestellt. — Von den Unternehmern wurden in 50 Fällen in 39 Orten in 83 Betrieben mit 18 348 Beschäftigten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen versucht. Tarife wurden 16 für 3589 Personen abgeschlossen. Insgesamt wurden bei allen Bewegungen erreicht für 18 980 Personen 40 521 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche und für 31 017 Personen 30 082 M. Lohnerhöhungen pro Woche. Für 19 550 Personen wurden sonstige Verbesserungen erreicht oder Verschlechterungen abgewehrt. — Für die Bewegungen wurden 345 846 M. an Unterstützung gezahlt. Bei allen Bewegungen, die in der Textilindustrie geführt wurden, sind oft eine ganze Menge Verbesserungen zu konstatieren, die in ihrem finanziellen Effekt nicht erfasst werden können, da sie sich für den einzelnen nicht ziffernmäßig nachweisen lassen, aber trotzdem Erhöhungen der Wochenverdienste darstellen. So sind auch diesmal mehrere Tausend Personen bei der besseren Bezahlung der Warte- und Puzzeit oder der Vorarbeiten beteiligt. Für mehrere Tausend konnten bei schlechtem Material Zuschläge zu den bestehenden Löhnen heraus geholt werden, bei früherem Arbeitsschluß erfolgt Vollbezahlung. Eine Reihe anderer Verbesserungen wie Abschaffung der Strafen, von Ueberzeitarbeit, Anerkennung der Organisation, periodische, kollektive Lohnregelung, Lieferung von Arbeitskleidern, Freigabe des 1. Mai, Ferien usw. werden ohne weiteres dazu beitragen, das Vertrauen zur Organisation der Textilarbeiter zu erhöhen.

Vermischtes

Krankenkassen-Verbände und Leipziger Ärzte-Verband.

Von den großen Krankenkassenhauptverbänden werden wir um Veröffentlichung der folgenden Erklärung gebeten: „Der Leipziger Ärzteverband verbreitet in der Öffentlichkeit die Mitteilung, daß die Krankenkassen den Kampf gegen die Ärzte im stillen vorbereiten. Diese Behauptung ist wahrheitswidrig und irreführend. Die Krankenkassen wünschen nichts sehnlicher, als mit den Ärzten in Frieden zu leben, um ungestört die ihnen vom Gesetzgeber zugewiesenen bedeutsamen Aufgaben zu erfüllen. Die Verbände der verschiedenen Kassenarten, welche über 13 Millionen Versicherte umfassen, und Arbeitgeber, Angestellte und Arbeiter aller Parteien in sich vereinigen, erklären einmütig, daß die Krankenkassen nach wie vor bereit sind, den für die Kassen tätigen Ärzten eine durch langfristige Verträge zu sichernde würdige Stellung und Bezahlung ihrer Leistungen zu gewährleisten. Die unterzeichneten Verbände stellen aber fest, daß der Leipziger Verband seinerseits unmittelbar nach Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung den Entschluß angekündigt hat, seine bekannten Forderungen bei den Krankenkassen mit den Mitteln der Selbsthilfe durch zu setzen. Die grundlegenden Beschlüsse hierüber wurden bereits auf dem stuttgarter Arztetag am 22. bis 24. Juni 1911 gefaßt. Weiter haben am 18. Februar dieses Jahres der Leipziger Verband und der Ärztevereinsbund gemeinsam beschlossen, daß zur erfolgreichen Durchführung der Forderungen alsbald eine Organisation der Ärzte in Leipzig, die einheitlich und einmütig gegen die Krankenkassen vorgehen sollen. Das kann nur die Androhung des Generalstreiks bei den Krankenkassen bedeuten. Trotz ihrer Bereitwilligkeit, allen berechtigten Wünschen der Ärzte entgegen zu kommen, sind die Krankenkassen in Wahrung der ihnen anvertrauten öffentlichen Interessen nicht in der Lage, die maßlosen Forderungen der im Leipziger Verbände vereinigten Ärzte zu erfüllen. Namentlich weisen sie entschieden zurück, daß, nachdem es der Gesetzgeber mit guten Gründen abgelehnt hat, die freie Arztwahl den Kassen vorzuschreiben, der Leipziger Verband jetzt den Krankenkassen seine einseitigen Forderungen durch die rücksichtslose Ausnutzung seiner Machtmittel aufzuzwingen sucht. Als Träger der öffentlich-rechtlichen, im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt geschaffenen Krankenversicherung erwarten die Krankenkassen von den gesetzgebenden Stellen und von den Behörden, daß sie vor den Bedrohungen und Bedrückungen des Leipziger Verbandes ausreichend geschützt werden, und daß ihnen unter allen Umständen die Möglichkeit sicher gestellt wird, die ihnen für einen großen Teil des deutschen Volkes übertragene Fürsorge in Krankheitsfällen ordnungsmäßig durchzuführen. Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, Dresden. Hauptverband

deutscher Betriebskrankenkassen, Essen. Allgemeiner deutscher Knappschaftsverband, Berlin. Verband deutscher Innungskrankenkassen, Hannover. Zentrale für das deutsche Kranken-kassenwesen, Berlin.“

Streikhetze und Streikprozesse. In welcher unverfrorener Weise zu Zeiten wirtschaftlicher Kämpfe eine gewisse Presse ihre Hauptaufgabe darin erblickt, nicht nur die öffentliche Meinung, sondern auch Militär und Gerichte gegen die Arbeiterbewegung scharf zu machen und den staatlichen Schutz für Geldsack und Arbeitswillige in erhöhtem Maße in Anspruch zu nehmen, ist von uns schon häufig betont worden. In der neuesten Nummer der Holzarbeiterzeitung, Organ des Deutschen Holzarbeiterverbandes, wird aus einem bestimmten Anlaß unter Hinweis auf den erbitterten Kampf, den die hamburger Holzarbeiter im vorigen Jahre mit dem Unternehmertum zu bestehen hatten, ebenfalls wieder daran erinnert, welcher unheilvollen Einfluß die systematische Hetze der bürgerlichen Tagespresse auf die Haltung der Polizei ausübte und wie dadurch den Arbeitern die Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Rechte erschwert wurde. Dann fährt die Holzarbeiterzeitung fort: Aus einer Gerichtsverhandlung gelangte die sensationelle Mitteilung in die Öffentlichkeit, daß die Staatsanwaltschaft eine generelle Verfügung erlassen habe, in allen Fällen gegen streikende Holzarbeiter Gefängnisstrafe zu beantragen. Gar zu bald zeigte sich, in welcher Weise die unausgesetzten Einwirkungen auf die Gerichte wirkten und wie manche Richter dieser Suggestion erlagen. Die Urteilsfassung und Urteilsbegründung war bald allgemein auf den Ton der scharfmacherischen „Hamburger Nachrichten“ gestimmt: „Es gibt keinen Milderungsgrund für Streiksünder, auch wenn ihr Vergehen noch so milde liegt, da gegen die planmäßigen Verstöße gegen die Freiheit der Arbeit scharf vorgegangen werden muß.“ Unsere Kollegen wurden zu Dutzenden vors Gericht geschleppt, die harmlosesten Worte wie „Du bist doch auch unser Kollege und willst es doch wohl auch später bleiben“, brachten ohne Gnade Gefängnisstrafen von einer Woche und mehr ein. Es ist viel von den Ausschreitungen der Streikenden gespekelt worden, ohne daß man sich über die Art, wie die Anklagen und Verurteilungen zustande gekommen sind, Rechenschaft ablegte. In einer Gerichtsverhandlung spielte sich zum Beispiel folgendes Zwiegespräch ab:

Der Verteidiger richtet an den Belastungszeugen, der natürlich ein Arbeitswilliger war, folgende Fragen: Wieviel Strafanzeigen gegen streikende Tischler haben sie schon erstattet?

Zeuge: Circa 40 bis 50.

Der Verteidiger: Ist Ihnen bekannt, daß der Arbeiterschutzverband für jede Strafanzeige gegen streikende Holzarbeiter 50 Mark Belohnung ausgesetzt hat?

Zeuge: Ja, das ist mir bekannt.

Verteidiger: Haben Sie für die von Ihnen erstatteten Anzeigen auf diese Belohnung Anspruch erhoben und solche dafür erhalten?

Zeuge (zögernd): Ja, ich habe für eine erzielte Verurteilung auf Grund meiner Anzeige die 50 Mark auf Veranlassung meines Arbeitgebers Schnibben im Schutzverbandsbureau erheben wollen, wurde aber abgewiesen mit der Bemerkung, daß kein Geld mehr in der Kasse sei. — Man braucht diesen Zeilen nichts mehr hinzu zu fügen.

Am 1. Dezember vorigen Jahres fand in Leipzig eine Bäckerversammlung statt, die außerordentlich stark besucht war. Alle Sitzgelegenheiten wurden vergriffen, und viele Versammlungsbesucher mußten deshalb stehen. Dem kurz vor der Eröffnung zur Ueberwachung erscheinenden Polizeikommissar konnte der Versammlungsleiter weder einen angemessenen Platz, noch eine Sitzgelegenheit anweisen. Die Folge war ein Strafmandat über 15 M., gegen das aus prinzipiellen Gründen Einspruch erhoben wurde. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht wollte der Polizeikommissar unter „angemessenen Platz“ auch eine Sitzgelegenheit verstanden wissen. Das Gericht war anderer Meinung. In der Begründung führte der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Ulrich, aus, daß ein die Versammlungen überwachender Beamter durchaus kein Recht habe, vom Leiter der Versammlung eine Sitzgelegenheit oder gar einen Tisch zu verlangen. Wenn der Beamte eine Sitzgelegenheit haben will, dann muß er sich dieselbe entweder selbst mitbringen oder durch dritte Personen besorgen lassen. Wegen Nichtbeschaffung einer Sitzgelegenheit kann eine Verurteilung nicht erfolgen, wohl aber deswegen, weil der Leiter dem Ueberwachenden den Platz nicht ausdrücklich angewiesen hat. Das mußte mit 5 M. geahndet werden.

Der diesjährige Frauentag. Wie im Vorjahre so soll auch diesmal wieder an einem Sonntage in Deutschland und auch in einigen andern Ländern, in Versammlungen die Forderung auf Gewährung des Frauenwahlrechts erneut erhoben werden. Als Tag für diese Demonstration ist der 12. Mai festgesetzt worden. Es wird notwendig sein, daß die Gewerkschaftsmitglieder auch in diesem Jahre rechtzeitig durch geeignete Propaganda mit dazu beitragen, einen Massenbesuch der Versammlungen, namentlich durch Frauen und Mädchen, zustande zu bringen. Nur dadurch kann die Forderung wirksam unterstützt und ihr ein entsprechender Nachdruck verliehen werden. Die verschiedensten Vorkommnisse des täglichen Lebens zeigen uns immer wieder, welch großes Interesse gerade die erwerbstätigen weiblichen Personen, wie überhaupt die Angehörigen der Arbeiterklasse, an der besseren Gestaltung des Wahlrechts im allgemeinen und an der Gewährung des Frauenwahlrechts haben. Sind doch auch die Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten durch die staatsrechtlich minderwertige Stellung der Frau im öffentlichen Leben von der Wahrnehmung ihrer Interessen in den wirtschaftlichen Sondergerichten ausgeschaltet. Keine Arbeiterin oder Arbeiterfrau darf deshalb am 12. Mai den Versammlungen fernbleiben. Handelt es sich doch darum, durch energischen Protest gegen die geltenden Gesetzesvorschriften deren Beseitigung und dadurch Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterklasse anzustreben.

Zur Unterhaltung

Der Herr Pfarrer und das „Fräulein Luis“.

Von Ludwig Ganghofer.

In gleicher Verehrung wie der Herr Pfarrer stand bei Bauern und Beamten seine brave, an Menschenfreundlichkeit und Gewicht ihm ebenbürtige Wirtschaftlerin, das „Fräulein Luis“. Doch statt das genauer abzuschätzen, wie viel sie wog, will ich zur Charakteristik ihrer imposant geformten Weiblichkeit ein drolliges Wort zitieren. Eines Sonntags als die Pfarr-Luis Besuch bei uns im Forsthaus machte, war ein entfernt wohnender Waldaufseher meines Vaters da, der Mayerfels aus Zusamzell. Der hatte die Pfarrköchin noch nie gesehen. Und da riß er nun groß und rund die Augen auf, sprach kein Wort mehr — und als die Pfarrköchin majestätisch davon trollte, in der weiten Krinoline, die zwischen den Türsäulen einen nach rückwärts aufgebäumten Trichter machte, guckte Mayerfels, sich vorbeugend, dieser ungeheuren Sache erschrocken nach, kratzte sich am Hinterkopf und sagte bekommen: „O, du mein heiliges Herrgöttele von Biberach! Wenn einer der en Gaxe austretze tät — Herrgott, was müeßt dees für e Loch abgeawe!“

Um diesen Hüftenschwung dezent zu maskieren, trug die Jungfer Luis noch immer die Krinoline, obwohl dieses monströse Kleidungsstück schon längst wieder aus der Mode gekommen war — und bei ihren kleinen, zierlichen Trippelschritten schwannte das umfangreiche Reisgehäuse wie eine Glocke, die in drehender Bewegung nach der Seite läutet. Umfang und Atemnot ließen dieses freundliche, gutmütige Frauenzimmer stets ein wenig komisch erscheinen. Dazu liebte sie sich schön zu machen, sich jugendlich in geblümelte und rostige Stoffe zu kleiden, trug das braune Haar in einem Neg à la Kaiserin Eugenie und balancierte schief über der scharlachroten Stirn ein winziges Strohdachchen auf neckischer Feder. Aber das Gesicht, trotz Ofenglut und Glanzlichtern, war hübsch und liebenswürdig, und aus den halbmondförmigen Fettpölsterchen guckten zwei ehrliche, wohlwollende Neuglein heraus. Dieses Fräulein Luis war „sehr gebildet“, übte die Umgangsformen einer Dame, hatte Takt und Feingefühl, wirkte bei allem beträchtlichen Lustraum, den ihre Leiblichkeit beanspruchte, niemals aufdringlich, mischte sich in sichtbarer Weise niemals in die kirchlichen und weltlichen Angelegenheiten ihres Pfarrherrn, verstand sich trefflich mit allen Frauen im Orte, tat keinem Menschen was zuleide, tat Gutes, wo sie es tun konnte, war um ihrer freundlichen Eigenschaften willen überall gern gesehen und zählte in der „Gesellschaft“ als gleichberechtigt mit. Auch einen Scherz, wenn er nicht zu derb wurde, ließ sie sich gern gefallen. Aber dem Mayerfels wurde sie böse, als man ihr das phantastische Gleichnis vom ausgerissenen Schenkel erzählte.

Mit ihrem stattlichen Pfarrherr führte die stattliche Jungfer Luis ein so friedliches Zusammenleben, wie Philemon und Baucis zu einer Zeit miteinander gelebt haben mögen, in der dieses berühmte Pärchen noch nicht so alt war, um an ver-

einamter Freundschaft sein Genügen zu finden. Der Pfarrer behandelte das „Fräulein“ sehr nett und übersah geduldig die drolligen Schwächen ihrer verzeihlichen Eitelkeit. Die beiden machten täglich miteinander stundenlange Spaziergänge — der Pfarrer nannte das: „die Fetzlmühl treiben“ — sie erledigten gemeinsam alle Anstandsvisiten bei den Honoratioren und pünktlich erschienen sie miteinander zu jedem Konsumvereinsabend. Wären die beiden Mann und Frau gewesen, sie hätten nicht wohliger zusammen hausen können. Man munkelte auch mancherlei. Aber der Bauer, wenn er nur sonst mit seinem Pfarrer zufrieden ist, macht aus dem Unzumenschlichen keinen Gegenstand des Konfliktes, die Honoratioren sahen über die Sache hinweg, als wäre sie nicht vorhanden, in Gesellschaft war das Benehmen der beiden auch völlig einwandfrei, und aus dem Pfarrhof flatterte nie ein verräterisches Fähnchen heraus. Doch eines schönen Septembertages ereignete sich ein deklarisierendes Intermezzo.

Da wurde am Nachmittag bei uns im Garten ein Kaffeefränkchen abgehalten. Acht oder zehn Gäste waren da, unter ihnen die Pfarr-Luis und der hochwürdige Herr. Der erzählte im Verlauf des Geplauders: Er hätte am Morgen die unangenehme Wahrnehmung machen müssen, daß in der Nacht der schönste Birnbaum seines Gartens bis auf den letzten „Buzen“ geplündert worden wäre.

Fräulein Luis, die von den gestohlenen Birnen noch gar nichts wußte, war gleich Feuer und Flamme vor Zorn über den schlechten Kerl, der die Birnen geholt hatte.

„Und denk einer“, erzählte Pfarrer Hartmann, „der unverschämte Tropf, wie er den Megesack voll Birnen auf'm Buckel gehabt hat, ischt zu faul gewesen, daß er wieder über's Bäumle steigt! Ganz gemütlich ischt er durch unser Höfle raus und hat mir am Gräbele's Brückebrette nuntertrote — so schwer hat'r trage, der Kerl!“

„Aber gelle Se, Herr Pfarr!“ fährt die Jungfer Luis in Empörung auf und gibt dem Hochwürdigen einen Klaps gegen die Schulter. „Ich hab' Ihne doch in der Nacht noch g'stoße, wie ich's Brettle hab' trache höre!“

Raum hatte sie das gesagt, da wurde sie freidebleich vor Schreck. Rings um den Tisch ein schallendes Gelächter. Und die Jungfer, jetzt so rot wie ein gesottener Krebs, rollte unter grillendem Schrei mit einer Geschwindigkeit davon, wie man sie noch nie an ihren drei Zentnern gesehen hatte.

Nun wurde die Stimmung doch ein bißchen unbehaglich. Niemand lachte mehr, alles schwieg.

In dieser Stille sagte der Pfarrer mit Gemütsruhe: „Die Gans. Wär's hocke bliebe!“ Aber es brannte ihm doch das Gesicht.

Meine Mutter wollte eine Brücke bauen und sagte daher rasch: „Recht habe Se, Herr Pfarr! Deswege hätt's Fräulein Luis net davon renne brauche. Mensche sind wer alle. Darf ich Ihnen noch e Täfle einschänke?“

Der Pfarrer nahm Zucker, man sprach sehr eifrig von was andrem, der Zwischenfall war erledigt und hatte keine schlimmeren Folgen, als daß man darüber lachte. Ein paar Tage ließ sich die Jungfer Luis nicht blicken; dann kam sie mit einer sehr geistreichen, aber doch ganz harmlos klingenden Korrektur, die man ohne Widerspruch entgegen nahm. Zwei gute Menschen werden doch für vernünftige Augen darum nicht schlechter, weil ein Grabenbrettchen das Gewicht eines Obstdiebes und eines Megensackes voll Birnen nicht zu tragen vermag. Aber man sprach damals zu Welden, im Gegensatz zur Bibel, denn von einem Birnbaum der Erkenntnis. Und man ist noch ein bißchen was zu munkeln gab, so gebrauchte man in Lochbe das gepflügelte Wort: „Mir scheint, die hat's Brettle trache höre!“

Versammlungs-Berichte etc.

1. Berlin. Bericht des Arbeitsnachweises pro 1. Quartal 1912.				
Rest vom 4. Quartal 1911	22 Kollegen	Jan.	Febr.	März
Arbeitslose	27	19	26	72
Offene Stellen	18	19	41	78
Besezte Stellen	13	16	33	62
Nicht besezte Stellen	5	3	8	16
Selbst Beschäftigung gefunden	6	6	8	20
Gestrichen	2	3	3	8
Abgereist	3	—	1	4

Stellen wurden besezt im 1. Quartal 1912:

	Schild-Maler	Kunstgew.	Plaf.-Maler	Porzellan	Emaille	Summa
Januar	9	1	2	1	—	13
Februar	11	2	—	1	2	16
März	29	1	—	3	—	33
Summa	49	4	2	5	2	62

Ausfall an Arbeitstagen und Arbeitslohn
nach neunstündiger Arbeitszeit und 33 Mk. Minimallohn:

	Kollegen	Ausfall an Arbeitstagen		Ausfall an Lohn			
		Tage	pro Kopf	Mk.	g.	Mk.	g.
Januar	49	611	15 Tg. 6 Std.	3360	50	86	16
Februar	37	446	12 Tg. 1/2 Std.	2453	—	66	30
März	34	327	9 Tg. 5 1/2 Std.	1798	50	52	90
Summa		1384		7612	—		

Das Bureau des Arbeitsnachweises befindet sich jetzt Berlin SO. 26, Naumnstr. 85, pt. und ist Stellung in Berlin nur anzutreten, wenn vorher beim Bureau nähere Erkundigung eingezogen worden ist.

Sterbetafel.

Markfredwitz. Eduard Better, Br., geb. 12. Oktober 1887, zu Schwarzenbach, gest. 12. April 1912 an Blinddarmentzündung.

Ehre seinem Andenken!

Adressen-Henderungen

Zuschusskasse deutscher Porzellanmaler. Kff. für Zahlstelle Altwasser G. Sommer, Ml., Ober-Waldenburg i. Schl., Albertstr. 1.

Grünhain. Bf. Georg Wunder, Bahnhofs-Hotel.

Hennigsdorf a. S. Kff. Fritz Schiettinger, Brennhausarbeiter, Feldstr. 6.

Limbach. Bf. Albin Bihmann, Fr., Schulz, Steinheid.

Schwarza. Kff. Langzettler, Rudolfstädterstr. 27.

Waldenburg. Schf. Paul Krause, Hochwaldstr. 5.

Versammlungs-Anzeigen

Berlin. Sonnabend, 20. April, 8 1/2 Uhr, Zahlstellenversammlung im Gewerkschaftshaus, Engländer 15. — Montag, 22. April, 7 Uhr, Porzellanmaler bei Lehmann, An der Stralauer Brücke 3. — Mittwoch, 24. April, 8 1/2 Uhr, Glasmaler bei Lehmann, An der Stralauer Brücke 3.

Bonn. Sonntag, 28. April, 7 Uhr, im Volkshaus, Sandkaule 18.

Breslau. Sonnabend, 27. April, 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 3. Vortrag des Genossen Neufisch: „Die Rentenversicherer der Versicherungsanstalt Schlesien“.

Düsseldorf. Sonnabend, 20. April, Abbruch. — Sonnabend, 27. April, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Zimmer Nr. 4, Flingerstraße. Vortrag. — Sonnabend, 6. Mai, 8 1/2 Uhr, Gips- und Terrakottabranche, bei Schmitz, Jahnstr. 84. Vortrag.

Döbeln. Sonnabend, 20. April, bei Wartmann, Neugasse.

Geschwenda. Sonntag, 21. April, nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus zum Thüringer Wald.

Gotha. Sonnabend, 20. April, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus zum Mohren.

Gräfenhain. Sonnabend, 20. April, 8 1/2 Uhr, im Gasthof z. Steiger.

Gräfenhal. Sonnabend, 20. April, 8 1/2 Uhr, im Schießhaus. Abbruch.

Grünhain. Sonnabend, 20. April, im Vereinslokal Goldhahn.

Hüttensteinach. Montag, 29. April, 6 Uhr, bei Gattlieb Fied. Abbruch.

Karlsruhe. Sonnabend, 20. April, 8 1/2 Uhr, im Cambrinus. Neuwahl des Kassierers.

Liegnitz. Sonnabend, 27. April, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Limbach. Sonntag, 21. April, 5 Uhr, bei Hertle, Siegenburgweg.

Limbach. Sonntag, 21. April, 5 Uhr, bei Hertle, Siegenburgweg.

Miesau. Sonntag, 28. April, Abbruch.

Potschappel. Sonnabend, 20. April, 1/2 5 Uhr, im Hirsch.

Roschütz. Freitag, 26. April, 6 Uhr, im Neufischen Hof. Abbruch.

Selb-Plöbberg. Sonnabend, 20. April, 1/2 8 Uhr, in der Kantine.

Suhl. Sonnabend, 27. April, 8 1/2 Uhr, in „Dombergs-Ansicht“. Abbruch bestimmt 20. April. Vortrag des Genossen Weiße.

Waldenburg. Sonnabend, 20. April, 4 1/2 Uhr, im Gasthof zur Schiffahrt, in Neu-Weißstein.

Waldsassen. Sonnabend, 20. April, 1/2 8 Uhr, im „goldnen Hahn“. Abbruch. Ausstehende Extrabeiträge begleichen. Bibliothekbücher abliefern.

Weiden. Sonnabend, 20. April, 8 Uhr, in der Sonne.

Zell a. S. Sonntag, 28. April, 10 Uhr, im Badischen Hof.

Anzeigen

Unterweissbach. Sonntag, 21. April, im Rudolffischen Saale Stiftungsfest. Von nachmittags 3 Uhr ab Ball. Den Mitgliedern wird an dieser Stelle ans Herz gelegt, sich bis auf den letzten Mann am Aufzuge zu beteiligen. Die Verwaltung.

Preis der 2-gespalteten
Beitrag 30 Pfennig

Geschäfts-Anzeigen

Vorausbezahlung
ist Bedingung

Goldschmiere und alle goldhaltigen Sachen kauft zu den allerhöchsten Preisen bei reeller und sofortiger Bedienung **Joh. Alb. Dietz, Hüttensteinach (S.-M.)**

Goldschmiere, sowie goldhaltige Lappen, Stupfer, Pinsel, Paletten, Asche, Flaschen usw., kauft jeden Posten und bezahle nach dem Ausschmelzen das Gramm Feingold mit 2,81 Mk. Höchste Preise bei sofortiger Kassa und reeller Bedienung.

Großer Umsatz, daher höchste Preise.

M. Köhler, Dresden-H., Gerichtsstraße 8, 2 Tr.

Schriftliche Anerkennungen für reelle Bedienung.

Goldschmiere, verdicktes Glanzgold und sonstige goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchst. Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte. **Emil Böhme, Eisenberg S.-H.** Ältestes Geschäft dieser Art. Bitte genau auf meine Firma zu achten!

Gold- und Silberscheide-Anstalt von Max Haupt, Dresden-H., Bönschplatz 17

Goldschmiere

sowie goldhaltige Asche, Lappen, Stupfer, Pinsel, Paletten, Näpfe, Flaschen usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Feingold mit 2,78 Mark angekauft. — Schnelle reelle Bedienung.

Goldschmiere

sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Näpfe, Flaschen usw. werden ausgeschmolzen und zu den höchsten Preisen angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.

H. Haupt, Dresden-H., Gneiffenaustr. 6.

Goldabfälle jeder Art, Goldwatten, Lappen, usw. kauft zu den höchsten Preisen **Goldschmelze E. Hecht, Berlin S., Sebastianstr. 76. Tel. Amt IV, 5279**

Goldschmiere, Goldflaschen und alle Goldabfälle kauft zu höchsten Preisen **Joh. Herrmann, Rehau, Fabrikstr. 339.**

Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle

Zahle
weil
grossen
Umsatz
höchste
Preise



Edel-
Metall-
Schmelze
Gegründet
1896

Otto Seifert, Zwickau S.

Die Organisations-Agenda!

Es werden vornehmlich darauf hingewiesen, daß bei Beschwerden über zu wenig erhaltene „Ameisen“ genau anzugeben ist:

1. die gegenwärtige Zahl der Mitglieder in der Zahlstelle.
2. der Grund, warum mehr Blätter verlangt werden, als Mitglieder am Orte sind.

Bei Bestellungen auf die „Gleichheit“ müssen die Mitgliedsnummern der weiblichen Mitglieder und die Mitgliedsnummern der übrigen Familienmitglieder, so weit dieselben im Verband sind, angegeben werden.

Ohne diese Angaben werden keine Reklamationen berücksichtigt.

Sämtliche Zuschriften in diesen Angelegenheiten sind an den Kollegen Max Korn, Charlottenburg, Rosinenstr. 3, zu richten. Die Expedition der „Ameise“.

Herausgeg. v. Verbanne der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion und Verlag: Fritz Zietzsch, Charlottenburg, Gueridestr. 48.
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Gueridestraße 21.